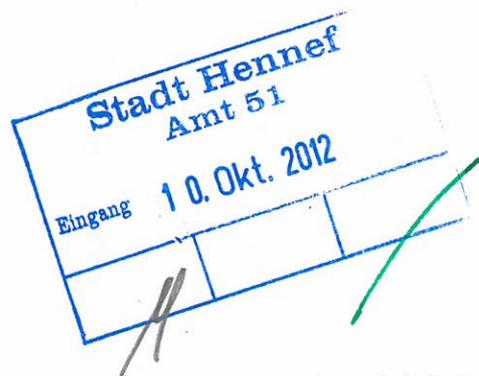


Bernhard Schmitz
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
der Stadt Hennef

Herrn
Bürgermeister
Klaus Pipke
Rathaus
Frankfurter Straße 97
53773 Hennef



Hennef, 8.10.2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich beabsichtige, dem Jugendhilfeausschuss in seiner nächsten Sitzung am 23. Oktober 2012 die als Anlage angefügte Resolution zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Ich bitte Sie daher, dies für die Tagesordnung der Sitzung vorzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

Resolution

Die Reduzierung und stufenweise Einstellung der Förderung von integrativen Kindertageseinrichtungen schadet dem Ziel der Inklusion

Über viele Jahre hinweg wurden integrative Kindertageseinrichtungen durch den Landschaftsverband Rheinland gefördert. Dies war im Sinne der Inklusion eine vorbildliche Initiative. Nun stellt der Landschaftsverband Rheinland das über viele Jahre hinweg als immer wieder vorbildlich bezeichnete Modell der Förderung von integrativen Kindertagesstätten schrittweise ein.

Die integrativen Kindertageseinrichtungen sind ein gutes Beispiel für ein seit langer Zeit bewährtes Modell der Inklusion und selbstverständlichen Zusammenlebens mit behinderten und nichtbehinderten Kindern, betreut durch die unterschiedlichsten Professionen in der Einrichtung.

Sowohl Erzieherinnen als auch Therapeuten sind in der Kindertagesstätte Alltag und sowohl für behinderte und nicht behinderte Kinder Ansprechpartner/innen.

Der Wert eines Bildungskonzeptes für frühe Kindheit lässt sich unter anderem daran ablesen, ob es Kindern mit Behinderungen einschließt oder ausschließt. Das sehr unkomplizierte Verfahren gilt nach wie vor als vorbildlich.

Mit der Rücknahme der Förderung kommen auf Kinder und Eltern, Träger und Kommunen erhebliche Erschwernisse zu:

- Die Verpflegungskosten für die Kinder werden reduziert.
- Die Freistellung der Leitung der Kindertageseinrichtung wird eingeschränkt.
- Daneben werden die Fahrtkostenerstattungen für behinderte Kinder derart eingeschränkt, dass nur Kinder mit einer schweren Behinderung noch ein Anrecht auf einen Zubringerdienst haben.
- Die Re-Finanzierung von Motopäden in integrativen Kindertageseinrichtungen wird nicht mehr möglich. Man verweist auf eine mögliche (unsichere) Finanzierung durch die Krankenkassen, deren Leistungen dann über Rezepte abgerechnet werden können. Die Beschäftigung von therapeutischen Fachkräften hat keine Kontinuität mehr. Die Kinder erhalten laufend wechselnde Bezugspersonen.
- Die Förderung der Kinder mit und ohne Behinderung (also aller Kinder der Einrichtung) wird eingeschränkt.
- Die Zusammenarbeit mit den Eltern und die Förderung der Elternarbeit und der Kinder wird erheblich erschwert, auch durch die wechselnden Ansprechpartner.
- Die Finanzierung hat erheblichen Einfluss auf die Haushalte der Kommunen. Der bisher vom Landschaftsverband Rheinland übernommene Jugendamtsanteil wird stufenweise eingestellt beziehungsweise so pauschaliert, dass vor allem die kommunalen Träger Einbußen hinnehmen müssen.
- Dies bringt neben der Übernahme des Trägeranteils erheblichen Einbußen und zusätzlich finanzielle Belastungen bei den Kommunen, aber auch bezüglich der für die freien Träger zur Verfügung stehenden Mittel.

Wir fordern daher von der zuständigen Jugendministerin als oberste Landesjugendbehörde, auf den in ihrem Auftrag handelnden Landschaftsverband Rheinland mit dem Ziel einzuwirken, im Sinne der Inklusion die integrativen Einrichtungen weiter in bisherigem Umfang zu fördern bzw. weiter auszubauen.